

# «SVP-Initiative ist eine Fahrt ins Blaue»

Helmut Hubacher auf Ursachenforschung

Von Benedict Neff

Herr Hubacher, Sie sagen, Sie hätten gestern Ursachenforschung betrieben, warum die Masseneinwanderungs-Initiative der SVP angenommen wurde. Was haben Sie herausgefunden?

Ich habe am Donnerstag in der Gewerkschaftszeitung der Unia ein Interview mit dem Präsidenten der Arbeiterkommission von La Roche gelesen. Der Mann ist schon zwanzig Jahre im Amt, ein Gewerkschaftsprofil von Format. Er schilderte, dass er sich erst in den letzten Tagen vor der Abstimmung zu einem Nein zur Initiative durchringen konnte. Wenn selbst dieser Linke, der ja im Betrieb und kein Funktionär ist, so lange bei der Entscheidung braucht, dann konnte

«Die Ausländerfrage ist in der SP seit der Schwarzenbach-Initiative tabuisiert.»

das nichts Gutes verheissen. Alle Wirtschaftsverbände, Parteien, Gewerkschaften haben die Stimmung im Fussvolk nicht richtig wahrgenommen. Konrad Hummler schrieb in seiner Kolumne vor wenigen Wochen richtig: «Wir haben ein Problem.»

Und die Initiative ist die Lösung?

Das muss sich noch weisen. Sie kann auch eine Hypothek sein, niemand weiss, wie die EU reagiert. Aber die SVP hat ein Problem aufgenommen, das zu lange verdrängt wurde.

Was denken Sie denn selbst: Hat die Schweiz ein Problem?

Mein Schockerlebnis war 1970 die Schwarzenbach-Initiative. Es war eine ähnliche Konstellation: einer gegen alle. Schwarzenbach machte 46 Prozent. 100 000 Italiener wären ausgewiesen worden, wäre die Initiative angenommen worden. Nach der Abstimmung sass ich mit Schwarzenbach und er zeigte mir sein Spendenbuch. Die sogenannten kleinen Leute zahlten zu Tausenden zwei, fünf, zehn Franken ein und ein Lokführer aus St. Gallen zahlte gar zehntausend Franken. Der Mann war SP-Mitglied und Grossrat, ich rief ihn an, wieso er so viel Geld für diese Sache spende. Er meinte: «Wir haben zu viele Ausländer.» Die SP konnte mit ihren Überzeugungen nicht für Schwarzenbach stimmen, aber sie zahlte einen hohen Preis dafür. Die jetzige Abstim-

mung ist vergleichbar mit der EWR-Abstimmung von 1992.

Sie sprechen von der Schwarzenbach-Initiative, der EWR-Abstimmung und nun von der jüngsten SVP-Initiative, die selbst bei einigen Linken Zwiespalt auslöste. Hat die Linke etwas verpasst in der Befindlichkeit des Volks?

Das ist die grosse Frage. Die SP hat bis heute für ihre Ausländerpolitik einen hohen Preis bezahlt. Claude Longchamp hat das nachgewiesen. Es gibt Arbeitnehmerkreise, die früher der SP und nun der SVP ihre Stimme geben. Ruedi Strahm etwa nahm differenziert zur SVP-Initiative Stellung. Die Zeitung «work» hat seine Betrachtung heruntergeputzt: «Er macht auf Blocher.» Wir haben eine andere Position als die SVP in der Ausländerfrage, aber es ist eine Schwäche der Linken, am liebsten jegliche Diskussion um die Ausländerpolitik mit einem Anti-Blocher-Reflex abzutun. Die Ausländerfrage ist in der SP seit der Schwarzenbach-Initiative tabuisiert.

Ist das Abstimmungsergebnis ein Abbild von Fremdenfeindlichkeit?

Das kann man nicht sagen. Man kann das Schweizer Volk nicht kollektiv als fremdenfeindlich bezeichnen. Das Stichwort ist: Wir haben ein Problem.

Was ist denn das Problem?

Wenn ich in Basel unterwegs bin, fragen mich die Leute: «Geht das ewig so weiter? Kommen jedes Jahr 80 000 Ausländer mehr?» Es ist eine Angst vor der Masslosigkeit, ein Bauchgefühl, dass es so nicht weitergehen kann. Die Frage war schon die Antwort: So kann es nicht weitergehen.

Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosenquote ist tief. Da ist der Unmut doch erstaunlich.

Die Wirtschaft hat sich um die gesellschaftlichen Folgen der Zuwanderung nie gekümmert. Das überliess sie der Politik. Der frühere Fremdenverkehrschef von Basel sagte mir einmal: «Ich möchte mal ein Experiment machen und eine Woche lang alle Ausländer in den Restaurants und Spitälern in die Ferien schicken. Der Betrieb würde zusammenkrachen.» Ich bin nicht sicher, ob Blocher nicht lieber das umgekehrte Resultat gehabt hätte. 49,7 Prozent Ja. Vorläufig ist die Initiative eine Fahrt ins Blaue.

Halten Sie die bilateralen Verträge tatsächlich für gefährdet?

Es ist ein Vabanquespil. Blocher ist nun auf den Bundesrat angewiesen, den er ständig in die Pfanne haut, der auf dem Schleichweg in die EU wolle



«Die Diffusität der Initiative war gerade ihre Stärke.» Helmut Hubacher im Nachstudium der SVP-Initiative. Foto Kostas Maros

und den er einen halben Landesverräter nennt – Didier Burkhalter.

Die FDP schlägt vor, dass Blocher die Verhandlungen mit der EU führen soll. Was halten Sie davon?

Das ist gar nicht denkbar. Wir haben eine gewählte Regierung. Das ist Sache vom Bundesrat. Blocher ist abgewählt. Gestern habe ich die Präsidentenrunde angeschaut.

«Da, wo man Ausländer am wenigsten kennt, sind die Vorurteile am grössten.»

Da wollten sich ja alle gegenseitig die Schuld in die Schuhe schieben.

Ich überlegte mir, was ich gesagt hätte als Parteipräsident in dieser Runde: Ich hätte gesagt, ich bin geschlagen, ich habe schlechte Laune, ich war dagegen, es beschäftigt mich, dass ich verloren habe. Dass jeder

dem anderen den schwarzen Peter zuschieben wollte, war desolat. Sie haben allesamt verloren.

Die SVP hat nur vage die Rückkehr zum Kontingentsystem als Lösung angeboten. Vor der Angabe von Zahlen hat sie sich gescheut. Ist es nicht besonders bedenklich, dass eine Partei mit einem so schwachen Plan durchkommt?

Das finde ich schlau. Die Diffusität der Initiative war gerade ihre Stärke. Je konkreter die Initiative, desto eher finden die Gegner einen Pferdefuss, an dem sie dann herumrörgeln.

Ein grosses Thema war der Dichtestress: volle Trams, hohe Mieten und Staus. Es zeigt sich: Je höher die Dichte an Menschen an einem Ort, desto eher wurde da die Initiative abgelehnt.

Das war schon bei der Schwarzenbach-Initiative so. Da, wo man die Ausländer am wenigsten kennt, sind die Vorurteile am grössten.

Frustriert es Sie, dass gerade diese Flecken in der Schweiz einen so grossen Einfluss haben?

Das ist halt so, Appenzell etwa ist ein Museum. Ich habe die Schweiz erst kennengelernt, als ich als Parteipräsident herumreiste. Einmal war ich in Martigny, in einem Lokal, und wollte Mineralwasser bestellen. Da sagte mir der Sekretär, wenn ich jetzt Mineralwasser bestelle, könne ich gleich abfahren. Im Wallis muss man erst mal einfach Weisswein trinken. Jeder Kanton ist anders, das ist verrückt. Einmal war ich in Einsiedeln. Ich dachte, da gibt es gar keine SP. Tatsächlich gab es zwei Gemeinderäte. Ich fragte sie, wer um Himmels willen, wählt euch denn an diesem Ort? Sie sagten: «Die vom Kloster.»

Wie ist Ihre Befindlichkeit jetzt? Sind Sie enttäuscht von der Abstimmung?

Eine unserer Töchter meinte: «Vater, ich gebe den Pass zurück.» Ich war nicht so überrascht, der Ausgang zeichnete sich langsam ab. Ich habe verloren. Wer strahlen konnte, war einzig Toni Brunner. Er ist nicht mehr nur der Papagei von Blocher.

# «Schneider-Ammann versteckte sich im Schützengraben»

Peter Bodenmann über bürgerliche Versager, ausländische Sündenböcke und eine europakompatible Umsetzung der Initiative



«Niemand nagelte die Chaostruppe fest.» Peter Bodenmann, Hotelier und ehemaliger SP-Präsident. Foto Keystone

Von Benedict Neff

**BaZ:** Herr Bodenmann, in der Elefantenrunde haben sich die Linken und Bürgerlichen darum gestritten, wer denn an der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative schuld ist. Was denken Sie, wer ist schuld?

**Peter Bodenmann:** Rudolf Strahm war für die Initiative. Genau wie die Tessiner Grünen. Didier Burkhalter vergnügte sich in Japan und in Sotschi. Johann Schneider-Ammann versteckte sich im Schützengraben. Simonetta Sommaruga nahm die Ängste ernst, ohne dass sie Antworten formulierte und formuliert. Dazu kam: Fast jeder SVP-Nationalrat hatte seine je andere Version, wie die Initiative nach einer allfälligen Annahme umgesetzt werden sollte. Niemand nagelte die Chaostruppe fest. Die Linken sind stark in den Städten und der Romandie. Hier gewann das Nein. CVP und FDP konnten Teile ihrer Basis nicht überzeugen. Müller und Darbellay haben versagt.

Stimmt es, dass die Bürgerlichen, wie SP-Präsident Christian Levrat behauptet,

ein Klima der Verunsicherung geschaffen haben, das letztlich zur Annahme der Initiative führte?

Die Schweiz ist zu wenig produktiv. Weil wir uns im Bereich der Landwirtschaft abschotten. Und in Sachen Importe vertikale Kartelle schützen. Zudem werden die Vermögen und Einkommen immer ungleicher verteilt. Deshalb steigen die realen Löhne nicht. Im Gegensatz zu den Mieten. Die Krankenkassenprämien explodieren seit Jahr und Tag. Und spiegeln sich nicht korrekt im Teuerungsindex. Die Leute sind unzufrieden. Wenn eine Gesellschaft zu wenig produktiv und zu wenig sozial ist, sucht man ausländische Sündenböcke.

Die SP verwies immer auf die flankierenden Massnahmen zum Schutz vor den negativen Folgen der Einwanderung. Hat dieses Argument nicht gegriffen? Generell: Hat die Linke versagt?

Die Linke kann allein wenig durchsetzen. Die rechte Mitte entscheidet, mit wem sie welche Bündnisse macht oder auch nicht. Dies galt vor der Abstimmung und gilt erst recht nach der Abstimmung. Es geht nicht in erster

Linie um Argumente, sondern um Kräfteverhältnisse.

War es letztlich kontraproduktiv, dass die Gegner der Initiative das Volk unter Druck setzen wollten, dass die bilateralen Verträge auf dem Spiel stehen. Im Sinne: Wenn ihr annehmt, wird uns der Groll der EU heimsuchen.

«Bundesräte können das Wort europakompatible Umsetzung leider nicht buchstabieren.»

Die EU kann und wird für die Schweiz in Sachen Personenfreizügigkeit keine Extrawurst braten. Sonst bekämen die Rechtsextremen überall zusätzlich Auftrieb. Vor sieben Jahren hätte niemand gedacht, dass das Steuerhinterzieher-Geheimnis 2014 ein toter Hund ist. Wenn es so weit ist, sind die Schweizer pragmatisch.

Was denken Sie, wie reagiert die EU auf diesen Volksentscheid? Sind die bilateralen Verträge zu retten?

Wie die EU reagiert, scheint mir klar. Zentral ist, was die Schweiz macht. Sie kann die angenommene Initiative problemlos europakompatibel umsetzen. Am besten mit einer «Lex Amstutz». Für Adrian Amstutz soll sich die in der Schweiz lebende Wohnbevölkerung pro Jahr nur um 45 000 Personen erhöhen. Wer die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf EU-Niveau senkt, Parallelimporte zulässt und den Mindestlohn auf 4000 Franken anhebt, wird dieses Ziel unter Beibehaltung der Personenfreizügigkeit locker erreichen. Leider können die Bundesrätinnen und Bundesräte das Wort europakompatible Umsetzung noch immer nicht buchstabieren. Aber vielleicht sind sie lernfähiger, als wir denken.

Ist die Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative tatsächlich eine historische Zäsur, ein Erdbeben, wie manche behaupten?

Die EU braucht eine neue Wirtschaftspolitik. Sonst wird die nächste Präsidentin Frankreichs Marine Le Pen heissen. Für jedes Land je eigene Kontingente helfen niemandem. Im Gegenteil.